

Auer Tageblatt

Bestellungen nehmen die Anzeigen- und die Buchhandlung des Postamtes entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech- und Rufschlag Nr. 43.

Anzeiger für das Erzgebirge

Anzeigenpreise: Die Anzeigenpreise für Anzeigen aus Aus und Umgebung zu Geldepreise, sowie weitere Anzeigen zu Geldepreise. Zeitungs- und Anzeigenpreise zu Geldepreise. amtliche Seite zu Geldepreise.

Telegramme: Tageblatt Auergebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Konto Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 293

Freitag, den 18. Dezember 1925

20. Jahrgang

Die große Koalition gescheitert.

Koch gibt den Auftrag zur Bildung des Reichskabinetts an den Reichspräsidenten zurück.

Berlin, 17. Dez. Reichsminister a. D. Koch berichtete heute morgen 11 Uhr dem Reichspräsidenten über seine Bemühungen und erklärte, daß zurzeit die große Koalition nicht möglich sei. Deshalb gebe er den ihm erteilten Auftrag, das Kabinett zu bilden, zurück. Der Reichspräsident dankte dem Abgeordneten Koch für seine Bemühungen, die, wenn auch ohne Erfolg, viel zur Klärung der Lage beigetragen.

Verstärkungen zum Scheitern der Großen Koalition.

Berlin, 17. Dez. Fast alle Blätter betonen, daß der gestrige Beschluß der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion das Ende der Verhandlungen über die große Koalition bedeutet und daß Abg. Koch nichts anderes übrig bleibe, als sich zum Reichspräsidenten zu begeben, um ihm den erteilten Auftrag zurückzugeben. Der „Berliner Volksanzeiger“ bezeichnet es als nächste Vermutung, daß der Reichspräsident nunmehr den bisherigen Reichkanzler Dr. Luther mit der Neubildung der Regierung beauftragen werde. Die „Germania“ erklärt, daß für die Weiterentwicklung der Dinge diejenigen die Verantwortung tragen, die das Zustandekommen der großen Koalition verhindert und geglaubt haben, sich durch die Flucht der Verantwortung entziehen zu können. Der Widerstand der Sozialdemokraten gegen die einzig mögliche Regierungsbildung sei ein Schlag gegen die Republik und das parlamentarische System. Die kommende Regierung werde entweder ein Kabinett mit rechts gerichteten Einschlag sein, — dann möge man sich bei den Sozialdemokraten bedanken — oder ein politisch weniger abgestempeltes Kabinett, das dann doch nur mit stillschweigender Hilfe der Sozialdemokraten regieren könne. Auch die „Vossische Ztg.“ bedauert es, daß die Sozialdemokraten in einem entscheidenden Augenblick nicht den Mut gefunden habe, aber Parteibedenken und Misstrauen hinweg zu tun, was ein Gebot der Notwendigkeit und der staatspolitischen Klugheit wäre. Die Sozialdemokratie werde sich den Vorwurf nicht ersparen können, daß sie sich negativ eingestellt habe, wo positives Handeln am Platze gewesen wäre. Der „Vorwärts“, der in längerem Ausführungs-

gen die Haltung der sozialdemokratischen Fraktion zu rechtfertigen sucht, insbesondere mit dem Hinweis darauf, daß die sozialdemokratischen Richtlinien für ein Regierungsprogramm nicht angenommen worden seien, teilt mit, daß es das Misstrauen gegen die „rechte Flügelpartei“ gewesen sei, was zu dem Beschluß der sozialdemokratischen Fraktion geführt habe. Das christliche Vermögen des demokratischen Parteiführers Koch, ein brauchbares Regierungsprogramm zu finden, habe allgemeine Anerkennung gefunden. Die „Berliner Börsenzeitung“ urteilt: Die Sozialdemokraten denken eben nicht daran, sich unter die Führung des Zentrums und der Deutschen Volkspartei zu begeben, sondern wollen selber befehlen oder wenn sie das nicht können, lieber mit den Kommunisten um die Wette für ihre Partei agitieren. Die „Deutsche Tageszeitung“ meint: Das Verhalten der Sozialdemokratie beweise von neuem, daß es ihr nicht auf sachliche Mitarbeit ankomme, sondern lediglich darauf, das Zustandekommen der Koalition zu sabotieren.

Eine Erklärung der Sozialdemokraten.

Berlin, 18. Dez. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion gibt nach fast vierstündiger Debatte gegen 11 Uhr abends folgenden Bericht aus: Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat am Mittwoch abend einen Beschluß gefaßt, der ausspricht, daß sie in dem Ergebnis der gestrigen Verhandlungen keine geeignete Grundlage für die Bildung einer großen Koalition erblickt. Der Beschluß wird am Donnerstag früh bei der für 10 Uhr angeetzten Besprechung den Beteiligten überreicht werden.

Die Sozialdemokraten klären gegen die Große Koalition.

Abln, 18. Dez. Die sozialdemokratische Partei von Abln beschäftigte sich in einer gut besuchten Versammlung mit der Frage der großen Koalition. Redakteur Schneider sprach sich in einem Vortrage gegen die große Koalition aus, da die inner- und außenpolitischen Verhältnisse zurzeit so lagen, daß von einer Regierung der großen Koalition keine Vorteile für die breiten Volksmassen zu erwarten seien. In der Aussprache erklärten sich fast alle Redner, besonders die aus Arbeiterkreisen, gegen die große Koalition.

Türkischer Protest zum Mossulstreit.

Genf, 16. Dez. Um 6.15 Uhr begann die mit Spannung erwartete Sitzung des Völkerbundesrates, die heute die endgültige Entscheidung in der Mossulfrage zugunsten Englands brachte. Zu Beginn der Sitzung wurde ein Schreiben des türkischen Außenministers vorgelesen, der es ablehnte, zur Sitzung zu erscheinen und protestierte gegen die schiedsrichterliche Entscheidung des Rates einlegte. Die Rechte der Souveränität eines jeden Staates über sein Gebiet hielten nur mit der ausdrücklichen Zustimmung dieses Staates auf. Hieraus folge, daß die türkische Souveränität über das Mossulgebiet voll und ganz bestehen bleibe. Nach der Verlesung dieses Briefes wird ein ausführlicher Maßnahmenbericht zur Entscheidung des Rates vorgelesen, der eine Uebersicht über die bisherige Behandlung der Streitfrage bringt. Die Mitglieder des Rates, so sagt der Bericht, hätten sich vor zwei Möglichkeiten befinden, entweder das Mossulgebiet zwischen dem Irak und der Türkei zu teilen, oder dem Irak bis zur Brüsseler Grenze das Mossulgebiet zuzusprechen.

Der Rat habe sich heute für die zweite Lösung entschieden und damit über die Ansprüche des Mossulgebietes Englands zugestimmt unter der Voraussetzung, daß das Mandat über dieses Gebiet um 25 Jahre verlängert werde.

Die englische Regierung wird weiterhin vom Rat aufgefordert, ihm Vorschläge zu unterbreiten, ob die Selbstverwaltung unter der türkischen Bevölkerung herbeigeführt werden könne und sich zur Annahme der anderen wirtschaftlichen und kulturellen Empfehlungen der Untersuchungskommission bereit zu erklären. Der Bericht und die Resolution werden hierauf vom Rat einstimmig angenommen. Der englische Kolonialminister Kinnaird dankte im Namen der englischen Regierung dem Rat für seine unparteiische und sorgfältige Arbeit. Er bedauerte, daß der Rat sich nicht entschlossen hätte, die Grenzlinie noch weiter nördlich zugunsten des Irak zu ziehen. Im Namen seiner Regierung und der Regierung des Irak nehme er die Bedingungen des Rates an. Die englische Regierung werde sehr bald dem Rat neue

Vorschläge für die Erfüllung seiner Forderungen unterbreiten. Auch der englische Außenminister Chamberlain dankte seinerseits dem Rat für die Entscheidung und erklärte sich jederzeit bereit, friedliche und christliche Verhandlungen mit den Türken über die künftigen Beziehungen zwischen dem Mossulgebiet und der Türkei zu beginnen und alle diesbezüglichen türkischen Vorschläge gewissenhaft zu prüfen.

Hierauf schließt der Vorsitzende Scialoja die 37. Tagung des Völkerbundesrates.

Mit diesem Urteil dürfte es dem Völkerbundesrat nicht gelingen sein, den Glauben an seine Unparteilichkeit zu stärken. Geplant kann man auf das Verhalten der Türkei sein. In Angora hat man oft genug betont, daß man im Notfalle zu den Waffen greifen werde, niemals aber das Vilayet Mossul aufgeben.

Abreise der deutschen Delegation zur Pariser Luftfahrtkonferenz.

Berlin, 16. Dez. Die deutsche Delegation für die am 18. Dezember beginnenden Luftfahrtkonferenz reist heute nachmittags um 3.30 Uhr nach Paris ab. Die Delegation besteht aus Delegationsrat Nord vom Auswärtigen Amt, Geheimrat Tisch, Ministerialrat Dr. Weigardt, Regierungsrat Hofmann und dem Referenten für Flugsport Geyme vom Reichsverkehrsministerium. Von unterrichteter Seite wird darauf hingewiesen, daß bei den kommenden Verhandlungen für die deutsche Delegation weniger die künftige internationale Zusammenarbeit von Bedeutung sein wird, als vielmehr die Befestigung der gegenseitigen Bestimmungen des Londoner Übereinkommens und die Klärung zu den Bestimmungen des Pariser Vertrages, wodurch Freigabe des Luftverkehrs und des Luftverkehrs im besetzten Gebiet erzielt werden könne.

Der Rundfunk im besetzten Gebiet.

Berlin, 16. Dez. Die internationalisierte Rheinlandschaftskommission hat nunmehr eine Bedomung herausgegeben, wonach mit dem heutigen Tage die Anlage des Rundfunks im besetzten Gebiet gestattet wird.

„Das Maß ist voll.“

Die Warnung an Herrn Mussolini.

Berlin, 18. Dez. Nach einer Meldung aus Bozen sollte die italienische Regierung den Christbaum verboten haben. Unter der Ueberschrift „Das Maß ist voll“ nimmt heute die dem deutschen Außenminister nahe stehende „Tägliche Rundschau“ zu dem unerhörten Verbot der deutschen Weihnachtsfeier in Südtirol Stellung. Das Blatt schreibt u. a.: Es ist uns völlig unverständlich, weshalb Italien dieses neue grausame Folterwerkzeug ausgedacht hat. Sind die maßgebenden italienischen Politiker ganz von Gott und ihrem Verstand verlassen oder sind sie in ihrem faschistischen Größenwahn samt und sonders verrückt geworden, denn diese Tat ist nur als die eine Geistesnachtstete anzusprechen. Wir Deutschen aller Welt, denen unser deutsches Weihnachten mit Weihnachtsmesse und Nickerbaum ein deutsches und christliches Symbol zu gleicher Zeit ist, erheben allerhöchsten Einspruch gegen den faschistischen Wahnsinn; wir können nicht mehr daran glauben, daß die Italiener eine Kulturnation sind, falls sie diesen ungeheuerlichen Beschluß nicht rückgängig machen. Kampf bis zum letzten Blutstropfen wird die Folge dieser Verordnung sein, und die Südtiroler werden in Deutschland Freunde haben mehr als sie brauchen. Das Maß ist voll. Das müssen die Italiener nun einsehen, noch ein Tropfen und es läuft über.

Die Italiener dementieren.

München, 18. Dez. Das Königlich italienische Generalkonsulat teilt der Telegraphen-Union amtlich mit: Die Nachricht, wonach der Bevölkerung von Südtirol die Abhaltung des Weihnachtsfestes in der herkömmlichen Weise mit dem Weihnachtsbaum verboten worden wäre, ist vollständig erfunden. Ganz im Gegenteil hat der Königlich italienische Konsul in Bozen im Auftrag der Regierung der Bevölkerung die Weihnachtsbäume aus den Staatsforsten zur Verfügung gestellt und den Wunsch einer fröhlichen Weihnacht geknüpft. Auch die Nachricht, daß auf behördliche Veranordnung die Entfernung des Denkmals Walter von der Vogelweide in Bozen angeordnet worden sei, ist frei erfunden. Das Denkmal bleibt, wo es steht.

Wie die Telegraphen-Union erfährt, haben diese amtlichen Feststellungen des Münchener Generalkonsuls in Berliner Kreisen lebhaftes Genugtuung hervorgerufen. Allerdings bemerkt man in dem Dementi eine Aufklärung der großen Reihe ähnlicher Fälle. So handelt es sich um die Umbenennung des Walter-Platzes in Bozen nach dem König von Italien unbefristet. Immerhin sieht man in der Mitteilung des Generalkonsuls einen erfreulichen Anfangserfolg des einmütigen Protestes der deutschen Presse, die in der letzten Zeit leider sehr häufig Gelegenheit hatte, sich mit den Maßnahmen zu beschäftigen, die gegen die Deutschen in Südtirol angeordnet wurden. Es bleibt nur zu wünschen, daß die behördlichen Anordnungen nicht wieder durch das Verhalten faschistischer Unterorganisationen umwirksam gemacht werden. Die deutsche Öffentlichkeit betrachte es als ihre Pflicht, die Vorgänge in Südtirol auch in Zukunft mit größter Aufmerksamkeit zu verfolgen.

Der Reichswirtschaftsrat zum Gesetz zur Förderung des Preisabbaues.

Berlin, 16. Dez. Der wirtschaftspolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrates beschäftigte sich heute mit dem neuen Entwurf eines Gesetzes zur Förderung des Preisabbaues. Vertreter der Industrie sowie des Handwerks betonten, daß das Gesetz ohne genügende Maßnahme mit den beteiligten Kreisen zusammengekommen sei. Die Bezeichnung „Gesetz zur Förderung des Preisabbaues“ sei allein wegen des dadurch entstehenden Eindruckes in der Öffentlichkeit auf das Schärfste zu verurteilen. Auch die Arbeitnehmervertreter protestierten gegen ihre Ausfertigung bei der Vorbereitung des Gesetzesentwurfes. Sie verlangten eine schleunige Erledigung des Gesetzes, das sie als geeignete Grundlage für den Fortgang der wirtschaftlichen Gesundung bezeichneten. Nach längerem Besprechen wurde der Gesetzesentwurf einer 18-köpfigen Kommission überreicht, die die verschiedenen Artikel der Vorlage unter sich zur Beratung aufstellen soll. Voraussichtlich wird eine eingehende Berichterstattung zu allen Artikeln des Entwurfes durch die Arbeitskommission im Januar erfolgen.

Doumer französischer Finanzminister.

Paris, 16. Dez. Senator Paul Doumer hat das ihm vom Ministerpräsidenten Briand angebotene Finanzministerium angenommen. Ministerpräsident Briand hat den neuen Finanzminister dem Präsidenten der Republik um 7 Uhr abends vorgeschickt.